

Demographischer Wandel und regionale Arbeitsmärkte

Büttner, Thiess

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Büttner, T. (2006). Demographischer Wandel und regionale Arbeitsmärkte. In P. Gans, & A. Schmitz-Veltin (Hrsg.), *Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels: T. 6, Demographische Trends in Deutschland - Folgen für Städte und Regionen* (S. 56-64). Hannover: Verl. d. ARL. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-338947>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Thiess Büttner

Demographischer Wandel und regionale Arbeitsmärkte

S. 56 bis 64

Aus:

Paul Gans, Ansgar Schmitz-Veltin (Hrsg.)

Demographische Trends in Deutschland - Folgen für Städte und Regionen

Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL 226

Hannover 2006

Demographischer Wandel und regionale Arbeitsmärkte¹

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Regionale Inzidenz des demographischen Wandels
- 3 Demographischer Wandel und räumliche Wirtschaftsstruktur
- 4 Mismatch und räumliche Koordination auf dem Arbeitsmarkt
- 5 Implikationen für die Politik

Literatur

1 Einleitung

Auch über die gegenwärtig stark diskutierte Problematik der Finanzierung der Alterssicherung hinaus ist die anstehende demographische Entwicklung von erheblicher gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Naturgemäß ist vor allem der Arbeitsmarkt betroffen, aber die aus dem demographischen Wandel resultierende Veränderung im Umfang und in der Struktur des Arbeitsangebotes ist durchaus geeignet, auf makroökonomische Kerngrößen wie das Wachstum und das öffentliche Budget auszustrahlen. Für die Bewertung sind zunächst die Reduktion des personellen Arbeitsangebotes und die Verschiebung in der Alterstruktur hin zu älteren Arbeitnehmern von Bedeutung. Offen ist, inwieweit der Rückgang des personellen Angebotes auch zu einer tatsächlichen Reduktion des Arbeitsangebotes führt. Da die Lebenserwartung deutlich gestiegen ist und sich in Zukunft – wenn auch abgeschwächt – weiter erhöhen wird, liegt es nahe, durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit die Reduktion im personellen Angebot teilweise zu kompensieren. Außerdem kann der Angebots-effekt auch durch die Ausweitung der Erwerbsbeteiligung aufgefangen werden. Letztlich ist aber bei allen möglichen Anpassungen von einer gewissen Verknappung des Arbeitsangebotes auszugehen.

Nun könnte man dazu tendieren, die Verknappung des Arbeitsangebotes für unproblematisch zu halten, da der deutsche Arbeitsmarkt ohnehin durch eine chronische Unterbeschäftigung gekennzeichnet ist. Eine solche Einschätzung übersieht allerdings, dass die Höhe der Arbeitslosigkeit keineswegs nur durch das Arbeitsangebot bestimmt wird. Obschon die Auf-fassungen im Detail auseinander gehen, besteht doch weitgehend Einigkeit darüber, dass Sozialpolitik, Lohnpolitik sowie strukturelle Faktoren eine erhebliche Rolle spielen. Von daher ist es ohne weiteres denkbar, dass die Arbeitslosigkeit steigt. Insbesondere die erhebli-

¹ Ich danke Dan Stegarescu und Mitgliedern des Arbeitskreises für kritische Diskussion und wertvolle Anregungen.

chen Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme im Kontext eines schrumpfenden Arbeitsangebotes sind geeignet, über eine weitere Belastung der Beschäftigung die Problematik der Arbeitslosigkeit zu verschärfen. Zudem bedingt die Verknappung des Arbeitsangebotes wachsende Probleme in der Verfügbarkeit von Arbeitskräften mit spezifischen Kenntnissen.

Auch die Veränderung der Struktur des Arbeitsangebotes hin zu älteren Arbeitnehmern hat potenziell bedeutsame gesamtwirtschaftliche Auswirkungen. So ist durchaus zu befürchten, dass sich mit der geringeren Zahl junger Arbeitnehmer, deren Ausbildung auf dem neuesten Stand ist, die Rate der Wissensakkumulation und damit das Produktivitätswachstum verlangsamt. Ähnlich könnte sich ein altersbedingter Rückgang der Risikobereitschaft und der sektoralen, beruflichen wie regionalen Mobilität der Erwerbspersonen nachteilig auf die wirtschaftliche Dynamik und die Fähigkeit zum ökonomischen Strukturwandel auswirken. Vor diesem Hintergrund ist verschiedentlich diskutiert worden, ob nicht durch eine gezielte Politik der Zuwanderung die negativen gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen des demographischen Wandels erheblich abgemildert oder gar vermieden werden könnten. Auch wenn der Gesetzgeber Schritte in diese Richtung unternimmt, wird aber bei näherer Betrachtung deutlich, dass unter realistischer Einschätzung die Zuwanderung die demographische Entwicklung bestenfalls abmildern kann (z. B. Birg 2001).

Auf der regionalen Ebene ist die Situation insofern anders, als massive demographische Veränderungen in einzelnen Regionen vor allem aufgrund interregionaler Migrationen auch schon in der Vergangenheit immer wieder zu verzeichnen waren. So können die räumlichen Bevölkerungsbewegungen die demographische Entwicklung ohne weiteres erheblich überzeichnen oder konterkarieren. Zudem weichen auch die bestehenden Bevölkerungsstrukturen in den Regionen voneinander mit der Folge ab, dass der demographische Wandel in den Regionen unterschiedlich stark bzgl. der einzelnen Teilprozesse ausfällt. Unter Berücksichtigung auch des Zusammenhangs dieser beiden Aspekte wird die Betroffenheit von der demographischen Entwicklung regional sehr differenziert ausfallen. Neben der Veränderung des regionalen Arbeitsangebotes sind Verschiebungen in der räumlichen Wirtschaftsstruktur zu erwarten, die divergierende Trends in der Arbeitsnachfrage implizieren. Zudem ist die Koordination innerhalb und zwischen den regionalen Arbeitsmärkten durch die mit dem demographischen Wandel einhergehende Veränderung der Mobilität beeinträchtigt. In der folgenden kurzen Abhandlung soll auf diese für die regionalen Arbeitsmärkte besonders bedeutsamen Aspekte eingegangen werden, bevor abschließend einzelne Implikationen für die Wirtschaftspolitik aufgezeigt werden.

2 Regionale Inzidenz des demographischen Wandels

Während Lebenserwartung und Geburtenhäufigkeit den demographischen Wandel auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene dominieren, stellt sich das Problem der Alterung auf der regionalen Ebene anders dar (Beitrag Gans; Schmitz-Veltin in diesem Band). Zwar werden die Konsequenzen auch in den Regionen sichtbar sein; die unmittelbaren Folgen der demographischen Entwicklung sind aber für die einzelne Region keineswegs unausweichlich, da sie von vornherein unter Bedingungen uneingeschränkter Freizügigkeit und hoher Mobilität wirtschaftet. So können wanderungsbedingte demographische Einflüsse die aus der Frucht-

barkeit und der Sterblichkeit herrührenden Änderungen ohne weiteres erheblich verstärken oder auch umkehren. Für eine Abschätzung der Konsequenzen der demographischen Entwicklung für die einzelnen Regionen ist der interregionale Aspekt deswegen von zentraler Bedeutung.

Die regionale „Inzidenz“ des demographischen Wandels ergibt sich zunächst aus den bestehenden Unterschieden in der Bevölkerungsstruktur. So liegt das Verhältnis der Einwohner unter 40 an den Einwohnern insgesamt im Jahre 1999 in Baden-Württemberg (52,11 %) und Bayern (51,34 %) deutlich über den Werten in Sachsen (46,87 %) und Sachsen-Anhalt (47,70 %; BBR 2003). Demnach wäre also die Bevölkerungsstruktur in den beiden westdeutschen Ländern für die demographische Entwicklung günstiger. Die regionale Bevölkerungsentwicklung ist nun aber nicht nur durch die Struktur, sondern auch von den internationalen und interregionalen Wanderungen bestimmt. Ob sich also die aus der gegebenen Bevölkerungszusammensetzung zu erwartende Entwicklung der Einwohnerzahlen einstellt oder ob sich eine ganz andere ergibt, hängt von Art und Richtung der Zu- und Fortzüge ab. So können Migrationen zu einer Angleichung der Entwicklungen beitragen, die Entwicklungen gar umkehren oder auch die entstehenden interregionalen Diskrepanzen verstärken.

Aus diesem Grund werden in der aktuellen Raumordnungsprognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung die Migrationen explizit berücksichtigt. Die Prognose zeigt im Ergebnis erhebliche Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung (Tab. 1). Am einen Ende des Spektrums finden sich durchweg ostdeutsche Raumordnungsregionen mit prozentualen Bevölkerungsverlusten im zweistelligen Bereich. Für die siedlungsstrukturellen Regionstypen sieht die Prognose vor allem Verluste für die ländlichen Räume und für verstärkerte Räume in Ostdeutschland.

Tab 1: Regionen mit extremer Bevölkerungsdynamik (2020 gegenüber 1999)¹

stärkste Bevölkerungsverluste			stärkste Bevölkerungsgewinne		
Region	Änderung in %	Alq. 1999 in %	Region	Änderung in %	Alq. 1999 in %
Ostthüringen	-18,3	16,8	Havelland-Fläming	24,3	16,6
Nordthüringen	-17,4	17,5	Prignitz-Oberhavel	14,1	19,3
Altmark	-16,7	19,4	Ingolstadt	13,2	6,3
Dessau	-14,5	22,8	Oldenburg	11,9	10,8
Südwestsachsen	-13,4	18,6	Hamburg-Umland-Süd	10,8	8,4
Südthüringen	-12,5	14,3	Landshut	10,1	6,4

¹ Datenbasis: 97 Raumordnungsregionen

Quelle: BBR 2003, Bundesagentur für Arbeit (Alq.: Arbeitslosenquote), eigene Berechnungen

Noch drastischer als bei der Bevölkerung insgesamt verläuft die Entwicklung bei den 15- bis 30-Jährigen. Wie Tabelle 2 offen legt, ist in den am stärksten betroffenen Regionen nahezu eine Halbierung zu verzeichnen. Während die stärksten Verluste nach dieser Prognose in Ostdeutschland registriert werden, weisen verschiedene Regionen in Westdeutschland, vor allem in Bayern, entgegen dem allgemeinen Trend Zuwächse auch bei dieser Altersgruppe aus.

Tab. 2: Extreme Bevölkerungsdynamik bei den 15- bis 30-Jährigen (2020 gegenüber 1999)¹

stärkste Bevölkerungsverluste			stärkste Bevölkerungsgewinne		
Region	Änderung in %	Alq.1999 in %	Region	Änderung in %	Alq.1999 in %
Ostthüringen	-47,4	16,8	Ingolstadt	5,9	6,3
Nordthüringen	-46,5	17,5	München	7,2	5,1
Meckl. Seenplatte	-45,0	21,1	Bonn	7,3	7,8
Südthüringen	-44,2	14,3	Hamburg-Umland-Süd	7,7	8,4
Altmark	-42,7	19,4	Oldenburg	8,3	10,8
Vorpommern	-42,1	20,3	Oberland	8,9	5,3

¹ Datenbasis: 97 Raumordnungsregionen

Quelle: BBR 2003, Bundesagentur für Arbeit (Alq.: Arbeitslosenquote), eigene Berechnungen

Im Ergebnis erwartet die Prognose auf der einen Seite deutlich höhere Anteile älterer Menschen in den ostdeutschen Raumordnungsregionen mit erheblich über dem Median (10,5 %) liegenden Arbeitslosenquoten und eine überdurchschnittliche Bedeutung Jüngerer in den Großstädten und Regionen mit geringer Arbeitslosigkeit. Auf der anderen Seite finden sich erhebliche Bevölkerungsgewinne in recht verschieden strukturierten Regionen, teils im Umland der Großstädte Berlin und Hamburg, teils in Regionen mit erheblich unter dem Median liegenden Arbeitslosenquoten im Jahre 1999. Der enge Zusammenhang mit der Arbeitsmarktsituation wird verdeutlicht in einer Regression der prognostizierten prozentualen Bevölkerungsentwicklung auf die Arbeitslosenquote:

$$N_{2020} = 9.60 - 0.98 \text{ ALQ}_{1999} + 16.6 \text{ ARB}, \quad R^2 = 0.44$$

(1.40)
(0.13)
(4.40)

Datenbasis: 97 Raumordnungsregionen

Quelle: BBR 2003, Bundesagentur für Arbeit (Arbeitslosenquote), eigene Berechnungen (Heteroskedastie-konsistente Standardfehler in Klammern)

Hier steht N_{2020} für die Bevölkerungswachstumsrate relativ zum Basisjahr 1999 und ALQ_{1999} für die Arbeitslosenquote im Jahre 1999. ARB ist eine Dummy-Variable zur Kontrolle für die fünf zur Analyseregion Berlin gehörigen Raumordnungsregionen. Demnach können 44 % der von der Raumordnungsprognose ermittelten regionalen Unterschiede (ohne Analyseregion Berlin) in der Bevölkerungsentwicklung auf die regionalen Abweichungen in der Arbeitslosenquote des Jahres 1999 zurückgeführt werden. Ein relativer Anstieg der Arbeitslosenquote einer Raumordnungsregion um einen Prozentpunkt führt demnach zu einem Rückgang der Bevölkerung um knapp einen Prozentpunkt. Diese Aussage stimmt mit den Ergebnissen von Büttner (1999) überein, wonach ein isolierter Anstieg der Arbeitslosigkeit auf Kreisebene um einen Prozentpunkt im Zeitraum von 20 Jahren eine Reduktion der Erwerbspersonen um 50 % herbeiführt.

Tab. 3: Geringste und größte Anteile der über 60-Jährigen (2020)¹

Region	Anteil in %	Alq. 1999 in %	Region	Anteil in %	Alq. 1999 in %
Osnabrück	25,2	9,05	Ostthüringen	35,8	21,12
München	25,3	5,07	Südwestsachsen	35,4	20,49
Ingolstadt	25,6	6,32	Südthüringen	34,4	22,81
Hamburg	25,6	11,55	Dessau	34,0	14,31
Donau-Iller (BW)	25,8	6,35	Lausitz-Spreewald	33,6	18,57
Berlin	26,1	17,65	Mecklenburgische Seenplatte	33,5	16,79

¹ Datenbasis: 97 Raumordnungsregionen

Quelle: BBR 2003, Bundesagentur für Arbeit (Alq.: Arbeitslosenquote), eigene Berechnungen

Nun basieren diese Prognosen auf den beobachteten Wanderungsbewegungen im Zeitraum 1997 bis 1999. Damit wird gleichsam unterstellt, dass die vorgefundenen Migrationsmuster sich auch in der Zukunft fortsetzen werden. Wenn sich aber für einzelne Regionen eine relative Veränderung der Arbeitsmarktbedingungen einstellt, können sich ohne weiteres erhebliche Änderungen in der für die Region eintretenden Bevölkerungsentwicklung ergeben. Gerade im Kontext des demographischen Wandels ist zu befürchten, dass die regionalen Unterschiede in der Betroffenheit vom demographischen Wandel ihrerseits Abweichungen in den Arbeitsmarktbedingungen und damit im Wanderungsmuster hervorrufen. Dies wirft die Frage auf, welche Anhaltspunkte dafür angeführt werden können, ob und wie sich die räumliche Wirtschaftsstruktur im Kontext des demographischen Wandels ändert.

3 Demographischer Wandel und räumliche Wirtschaftsstruktur

Gegen einen Einfluss der demographischen Entwicklung auf die räumliche Wirtschaftsstruktur könnte die Gegebenheit der örtlichen Ausstattung mit immobilien Faktoren angeführt werden. Unterstellt man nämlich eine einfache neoklassische Produktionsfunktion, steigt die Grenzproduktivität der Arbeitskräfte bei sinkendem Arbeitseinsatz. Ein Rückgang des Arbeitsangebotes aufgrund der demographischen Entwicklung verbessert dann die örtlichen Arbeitsmarktbedingungen im Sinne steigender Löhne oder auch im Sinne zunehmender Beschäftigung. Ähnlich ließe sich auch über den Immobilienmarkt eine Verbilligung des Wohnraums bei ungünstiger demographischer Entwicklung ableiten, welche die örtlichen Lebenshaltungskosten senkt und so die Attraktivität erhöht. Das räumliche Gleichgewicht ist unter dieser Prämisse letztlich nur durch die örtlichen Gegebenheiten bestimmt, regionale Unterschiede in der demographischen Entwicklung haben langfristig keine Konsequenzen.

Allerdings betont die Regionalökonomik die Bedeutung von Nicht-Konvexitäten für die Erklärung der räumlichen Wirtschaftsstruktur (für eine Übersicht Fujita; Krugman; Venables 2001). So entstehen gerade aus der räumlichen Konzentration von Wirtschaftsaktivitäten Produktivitätsvorteile – sei es in der Form von Urbanisierungsökonomien oder auch innerhalb von Branchen in der Form von Lokalisierungsökonomien. Ein regionaler Rückgang der Bevölkerung und des Arbeitsangebotes könnte dann mit Produktivitätseinbußen einhergehen und so einen sich selbst verstärkenden, kumulativen Abwanderungsprozess auslösen, an

dessen Ende eine Region sich weitgehend auf die Produktion landintensiver Güter sowie nichthandelbarer Güter beschränkt. Nun ist die Existenz solcher Agglomerationskräfte zwar unstrittig, global zunehmende Skalenerträge regionalen Wirtschaftens ohne Ballungskosten sind aber mit dem in der Realität beobachteten Nebeneinander von kleinen und großen Standorten nicht vereinbar (Henderson 1987). Von daher ist eine systematische Benachteiligung von Standorten mit bestimmter Größe nicht ohne weiteres zu erwarten. Mit anderen Worten ausgedrückt, wird es auch in einem Land mit schrumpfender Bevölkerung große und kleine Städte geben. Allerdings steht die Zahl der Standorte nach der Raumwirtschaftstheorie in einem positiven Zusammenhang mit der Bevölkerungszahl (Henderson 1987: 950). Von daher lässt sich ohne weiteres ableiten, dass die demographische Entwicklung zu einer Reduktion der Zahl der Standorte jeden Typs im Raumgleichgewicht führt.

Nun ist in den theoretischen Modellen typischerweise unbestimmt, welcher konkrete Standort aufgegeben wird. Hieraus resultiert die so genannte Pfad-Abhängigkeit des raumwirtschaftlichen Gleichgewichts, nach der die Chancen einer Region im Wettbewerb der Standorte an der Ausgangssituation festzumachen sind (Krugman 1991). Insofern dürften sich Unterschiede in der Ausgangssituation der einzelnen Regionen nicht ausgleichen. Vielmehr ist mit einer Verschärfung der Diskrepanzen durch Wanderungsbewegungen zu rechnen, an deren Ende viele Standorte weiter bestehen, in einzelnen Standorten aber kaum noch handelbare Güter produziert werden.

Dass ein besonders starkes Schrumpfen der Bevölkerung durch eine zunehmende Anspannung des Arbeitsmarktes und durch die Verbesserung bei den Lebenshaltungskosten Zuwanderungen induziert, die eine besonders ungünstige demographische Entwicklung kompensieren, ist auch aus Gründen der Erwartungsbildung zweifelhaft. Da räumliche Verlagerungen mit erheblichen Transaktionskosten einhergehen, sind es vor allem die Erwartungen über die weitere Entwicklung, die die Standortattraktivität bestimmen. Wenn also beispielsweise ein besonders starker Bevölkerungsrückgang in einer Region beobachtet wird, wird es für Migranten und Investoren bedeutsam sein, ob sich dieser Rückgang in der Zukunft fortsetzt. Nun spricht aber manches dafür, dass eine regional besonders ungünstige demographische Entwicklung andere problematische Arbeitsmarktbedingungen reflektiert. So ist in aller Regel die Mobilitätsneigung bei jungen Arbeitskräften deutlich stärker ausgeprägt als bei älteren (z. B. Sjaastad 1962). Wenn eine Region also einen vergleichsweise geringen Bevölkerungsanteil jüngerer Menschen aufweist, könnte dies symptomatisch für bestehende Arbeitsmarktprobleme sein. Ein ähnliches Argument folgt aus der Beobachtung, dass die Fertilitätsrate bei ungünstiger Arbeitsmarktentwicklung fällt (z. B. Wagner; Witte 1996, Ahn; Mira 2001). Bei einer besonders ungünstigen demographischen Struktur einer Region ist aus den genannten Gründen mit einer Verschlechterung der Arbeitsmarktbedingungen durch Abwanderungen zu rechnen – wenn nicht andere Faktoren den Standort begünstigen. In welchem Umfang die Bevölkerungsentwicklung noch stärker divergieren wird als in der Raumordnungsprognose angegeben, hängt davon ab, inwieweit die ungünstige Entwicklung in den Standortentscheidungen von Haushalten und Unternehmen bereits vorweggenommen wurde.

4 Mismatch und räumliche Koordination auf dem Arbeitsmarkt

Neben einer Veränderung im Umfang des Arbeitsangebotes resultiert aus der demographischen Entwicklung auch ein Wandel in der Struktur des Arbeitsangebotes hin zu älteren Arbeitskräften. Dieser Trend ist von Bedeutung für den regionalen Arbeitsmarkt, da ein wesentliches stilisiertes Faktum interregionaler Wanderungen der inverse Zusammenhang zwischen Mobilitätsbereitschaft und Alter ist (z. B. Sjaastad 1962). Die Alterung wird von daher mit einem Rückgang der interregionalen Migrationen einhergehen. Werden also Regionen von asymmetrischen Schocks getroffen, sind die Ausgleichskräfte zwischen den Regionen zunehmend geringer. In der Konsequenz kommt es generell zu einer wachsenden Persistenz von räumlichen Disparitäten in den Arbeitsmarktbedingungen. Sie ist schon jetzt in Deutschland stark ausgeprägt. So zeigt sich beispielsweise für die 74 westdeutschen Raumordnungsregionen, dass zwischen 75 % und 85 % der räumlichen Verteilung in der Arbeitslosenquote des Jahres 2000 durch die Verteilung der Arbeitslosenquote in den Jahren 1987 bis 1989, also noch vor der Wiedervereinigung, bestimmt werden kann.

Die Schätzung der entsprechenden Regressionsgleichungen ergibt für die Arbeitslosenquote der 74 Raumordnungsregionen in Westdeutschland

$$ALQ_{2000} = 2.04 + 0.73 ALQ_{1987} \quad R^2 = 0.75,$$

$$ALQ_{2000} = 1.86 + 0.76 ALQ_{1988} \quad R^2 = 0.80,$$

$$ALQ_{2000} = 2.04 + 0.83 ALQ_{1989} \quad R^2 = 0.85,$$

wobei ALQ_t die Arbeitslosenquote des Jahres t angibt.

Es gibt verschiedene Gründe dafür, anzunehmen, dass asymmetrische Schocks weiterhin bedeutsam sind. Neben der sektoralen Spezialisierung der Regionen ist ihre geographische Position im Kontext substanzieller wirtschaftlicher Integration, insbesondere auch im Rahmen der EU-Osterweiterung, eine bedeutsame Quelle asymmetrischer Schocks. Es kommt hinzu, dass die erhöhte Mobilitätsbereitschaft zu einer Sortierung führen dürfte, die mit einer Abwanderung der jüngeren Arbeitnehmer aus Problemregionen einhergeht. In der Konsequenz kommt es dann zu einer Verringerung des Anteils der mobileren Bevölkerungsgruppen und die Mobilitätsbereitschaft insgesamt sinkt gerade in Problemregionen. Vor diesem Hintergrund spricht einiges dafür, dass die für Deutschland und Europa charakteristische ausgeprägte Persistenz regionaler Disparitäten in der Arbeitslosigkeit (OECD 1989) weiter zunimmt.

5 Implikationen für die Politik

Welche Konsequenzen sich aus dem demographischen Wandel für den einzelnen Standort ergeben, kann aufgrund der erheblichen Heterogenität kaum prognostiziert werden. Dass einzelne Standorte mit besonders ungünstiger demographischer Entwicklung in eine Abwärtsspirale geraten, ist durchaus wahrscheinlich. Eine grobe Betrachtung der Altersstrukturen lässt dies für ostdeutsche Räume erwarten, wogegen ländliche Räume, insbesondere in Westdeutschland, eine vergleichsweise günstige Bevölkerungsstruktur aufweisen. Für die regionalpolitische Bewertung ist allerdings zu berücksichtigen, dass mit der zunehmenden Abwanderung aus einer Region die Anpassungsprobleme anderer Standorte sinken. Eine

Politik, die den Konsequenzen der demographischen Entwicklung für die Regionen lediglich dadurch begegnen will, dass sie Problemräume gegenüber besser dastehenden Regionen fördert oder Migrationsanreize reduziert, wird der gesamtwirtschaftlichen Dimension des demographischen Wandels nicht gerecht.

Angesichts der anstehenden demographischen Entwicklung wird verschiedentlich auf Zuwanderung aus dem Ausland gesetzt. Auch hier gilt, dass Art und Richtung der Zuzüge bestimmen, ob regionale Unterschiede in den demographischen Trends angeglichen oder verstärkt werden, und es greifen im Prinzip die gleichen Argumente wie im Fall der interregionalen Migration. So ist zu erwarten, dass die Zuwanderung in die wirtschaftsstarke Standorte mit günstigen Arbeitsmarktbedingungen erfolgt. Gilt die Formel von der Kombination ungünstiger Arbeitsmarktbedingungen und ungünstiger demographischer Entwicklung, wird sich eine Abmilderung der regionalen Probleme auf dem Arbeitsmarkt also nur indirekt einstellen, indem die Volkswirtschaft als Ganze profitiert.

Im Hinblick auf die alterungsbedingt abnehmende Mobilitätsbereitschaft ergibt sich als Handlungsempfehlung, Reformen im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik mit dem Ziel der Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen und Entlohnungen durchzuführen. Vor allem sind die Umschlagsprozesse im Arbeitsmarkt auch und gerade für ältere Arbeitnehmer zu erleichtern, damit die altersbedingte geringere Mobilitätsbereitschaft verstärkt durch Anpassungen innerhalb der Regionen aufgefangen werden kann.

Auf der regionalen Ebene ist von einer zunehmenden Standortkonkurrenz auszugehen. Hier kommt es darauf an, insbesondere den Entscheidungsträgern der örtlichen Finanz- und Wirtschaftspolitik geeignete Instrumente an die Hand zu geben, um Fehlstellungen im Wettbewerb zu vermeiden. Dies umfasst ein geeignetes steuerliches Instrumentarium ebenso wie die ortsübergreifende Kooperation in der Standortpolitik, angefangen bei der Planung und Entwicklung der Infrastruktur bis hin zur Entwicklung eines regionalen Standortprofils für die Firmenansiedlung. Gerade in Abwanderungsregionen wird es darauf ankommen, die Kräfte zu bündeln, um ein positives Moment in die Standortentwicklung bringen zu können.

Literatur

- Ahn, N.; Mira, P. (2001): Job bust, baby bust? Evidence from Spain. In: *Journal of Population Economics* 14, S. 505–521.
- BBR, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2003): INKAR PRO. Raumordnungsprognose/ Bevölkerung. CD-ROM. Bonn.
- Birg, H. (2001): Auswirkungen und Kosten der Zuwanderung nach Deutschland. Gutachten im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums des Innern. München.
- Büttner, T. (1999): Agglomeration, growth, and adjustment: A theoretical and empirical study of regional labor markets in Germany. Heidelberg u. a.
- Fujita, M.; Krugman, P.; Venables, A. (2001): *The spatial economy*. Cambridge, Mass.
- Henderson, J. V. (1987): General equilibrium modeling of systems of cities. In: Mills, E. S. (Hrsg.): *Handbook of Regional and Urban Economics*, Vol. II Urban Economics, S. 927–958.
- Krugman, P. (1991): History versus expectations. In: *Quarterly Journal of Economics* 106, S. 651–667.
- OECD (Hrsg.) (1989): *Employment outlook*. Paris.

■ Demographischer Wandel und regionale Arbeitsmärkte

Sjaastad, L. A. (1962): The Costs and Returns of Human Migration. In: *The Journal of Political Economy* 70, S. 80–93.

Witte, J. C.; Wagner, G. C. (1996): Effects of employment on East Germany fertility after unification. In: Birg, H. (Hrsg.): *Abhandlungen des Demographischen Symposions des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik*, Bielefeld 1995, S. 233–252.